

Westmächte warnen Moskau

Luftkorridore nicht antasten! — Scharfe Antwort auf Kreml-Note

Washington/London/Paris (ap/dpa). Die USA haben die Sowjetunion gestern feierlich darauf hingewiesen, daß jede Beeinträchtigung des freien Zugangs der Westmächte nach Westberlin als „aggressiver Akt“ betrachtet werde, für den die Sowjetunion die volle Verantwortung zu tragen haben würde. Die Erklärung ist eine erste Antwort auf eine sowjetische Note, in der die alliierten Rechte zur freien und bedingungslosen Nutzung der Luftkorridore nach Berlin in Frage gestellt worden waren. Auch die britische Regierung hat die Sowjetunion gewarnt, die westalliierten Rechte in den Luftkorridoren nach Berlin in irgendeiner Weise anzutasten. Jede Bedrohung der Luftverbindungen in Berlin wäre eine „äußerst ernste Angelegenheit“. In Paris erklärten zuständige Regierungskreise, die Note enthalte ein „neues und besonders ernstes Element“.

In der Erklärung des Weißen Hauses heißt es, von der ganzen Welt müsse die kaum verhüllte sowjetische Drohung eines Angriffs gegen die alliierten

ihre Verpflichtung verletzt, die Auswirkungen der administrativen Teilung Deutschlands zu mildern und die freizügige Bewegung von Personen und Gütern sowie den Austausch von Informationen in ganz Deutschland einschließlich Berlins zu ermöglichen. Die USA teilten nicht die sowjetische Ansicht, daß Unterwürfigkeit unter eine Diktatur die geeignete deutsche Lebensform sei. Als seltsam bezeichnet es die amerikanische Regierung, daß die Sowjetunion gegen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Westberlin zu einem Zeitpunkt protestiert, in dem sie darauf besteht, daß Ostberlin ein Teil Ostdeutschlands sei. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Diese Beschuldigungen und Behauptungen können deswegen nicht ernst genommen werden. Was aber von der ganzen Welt ernst genommen werden muß, ist die kaum verhüllte Drohung eines Angriffs gegen die alliierten Luftkorridore von und nach Berlin. Die USA müssen die Sowjetunion feierlich davor warnen, daß jeder Eingriff der sowjetischen Regierung oder ihres ostdeutschen Regimes in den freien Zugang nach Westberlin ein aggressiver Akt sein würde, für deren Konsequenzen die sowjetische Regierung die

volle Verantwortung tragen müßte.“

Tatsachen

Zuvor hatte Pressesekretär White bereits die einzelnen Abkommen zitiert, auf die sich das Recht der Westalliierten nach ungehindertem Zugang nach Westberlin und nach Bewegungsfreiheit in dieser Stadt gründet. Es sind:

● das Protokoll vom 12. September 1944 über die Verwaltung „Großberlins“;

● die sich daran anschließenden Dokumente, die vom Kontrollrat für Berlin herausgegeben wurden und in denen die Zufahrtwege erläutert wurden;

● ein Briefwechsel zwischen dem früheren US-Präsidenten Truman und dem damaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Stalin;

● das New-Yorker Abkommen vom Mai 1949, das die Berliner Blockade beendete und

● ein Beschluß der vier Außenminister vom 20. Juni 1949, in dem erklärt wurde, daß an dem New-Yorker Abkommen vom Mai festgehalten werde.

Die Antwort Londons

In britischen Regierungskreisen wurden die in der Sowjet-Note erhobenen Vorwürfe gegen die Bundesregierung zurückgewiesen. „Nach unserer Ansicht betreiben die Westdeutschen keine solche Tätigkeit, wie ihnen in der Note zugeschrieben wird“, betonte das Außenministerium. Auch das sowjetische Argument, die alliierten Zugangsrechte seien nur vorübergehend, wurde zurückgewiesen. „Unsere Zugangsrechte sind in unseren Rechten, in Berlin zu sein, impliziert“, sagte ein offizieller Sprecher. „Sie ergeben sich aus der Besetzung Berlins.“

Vopo erschöß Flüchtling

Berlin (upi). Grenzstreifen der Volkspolizei haben erstmals einen Flüchtling beim Durchschwimmen des Humboldt-Hafens im Bezirk Tiergarten erschossen. Wie die Westberliner Polizei beobachtete, wurde die Leiche des Flüchtlings nach zweistündiger Suche von drei Tauchern der Ostberliner Feuerwehr geborgen. Die Volkspolizisten hatten auf den Mann drei oder vier Einzelschüsse und eine Salve aus einer Maschinengewehr abgefeuert. Augenzeugen berichteten, der Verletzte sei noch mehrere Male aufgetaucht, habe seine Hände emporgestreckt und sei dann untergegangen.

ten Luftkorridore von und nach Berlin ernst genommen werden. Der Sowjetunion wird vorgeworfen, daß sie durch ihre Noten die internationale Spannung erneut verschärft habe.

Die Sowjetunion, so heißt es in der US-Erklärung weiter, habe durch ihre Noten indirekt

„An eine gespaltene Stadt“

Rede von Bischof Dibelius

Berlin (Eigenmeldung). „Was in Berlin geschieht, ist das Symptom einer Krankheit, die von der Wurzel her aufsteigt: der Atheismus“, erklärte Bischof Dibelius am Montagabend im ersten Vortrag seiner Reihe „Fünf Reden an eine gespaltene Stadt“, die er in dieser Woche allabendlich in der Kirche am Südstern hält. Die Christen dürften auch in dieser Situation nicht sagen, das sei unser Schicksal. Sie dürften auch nicht die Schuld bei den anderen suchen. Im Rahmen der materialistischen Geschichtsauffassung sei im Osten ein Sendungsbewußtsein und ein Rausch des Triumphes entstanden, wie es ihn nur bei Hitler gegeben habe. „Aber mit dieser materialistischen Geschichtsauffassung haben wir nichts zu tun. Es gibt Dinge zwischen Himmel und Erde, die nicht materialistisch sind und doch einen entscheidenden Einfluß haben. Darum ergeben wir uns nicht in unser Schicksal, sondern fragen nach der Aufgabe, die Gott uns schickt.“

Die Aufgabe des Christen in dieser Situation sei, dafür zu sorgen, daß in Berlin die Freiheit bleibe.

Hirtenwort Bengschs

Berlin (Eigenmeldung). Den Ernst der durch die Abschneidungsmaßnahmen der Sowjetzonenbehörden geschaffenen Lage hat der neue katholische Bischof von Berlin, Dr. Bengsch, in seinem ersten Hirtenwort hervorgehoben, das von den Kanzeln aller katholischen Kirchen West- und Ostberlins sowie den in der Zone gelegenen Gemeinden des Berliner Bistums am Sonntag verlesen wurde. Bengsch hebt darin die untrennbare Glaubensgemeinschaft hervor, in der das ganze Bistum über alle Schranken hinweg verbunden sei.

Vorübergehender Natur war das Abkommen von 1945 nur insofern, als es bis zum Abschluß einer deutschen Friedensregelung gelten sollte.“

Zwei Stoßrichtungen

Zur neuen Sowjetnote stellte der Regierende Bürgermeister Brandt in einer offiziellen Erklärung fest, die Note habe

zwei Stoßrichtungen. Einmal werde versucht, die Rechte der westlichen Alliierten auf die Nutzung der Luftkorridore streitig zu machen, die sogar während der Blockade Berlins unberührt geblieben seien. Zum anderen würden Scheinargumente für die Trennung Westberlins von Westdeutschland zusammengetragen.

Schweden hilft Flüchtlingen

Nach den dramatischen Zwischenfällen in Trelleborg

G. D. Trelleborg (Eigenbericht)

Wie lange wird der von den sowjetzonalen Behörden bisher geduldet und geförderter Ausflugsverkehr von Saßnitz über die Ostsee nach der schwedischen Hafenstadt Trelleborg noch anhalten?

Gerade in den letzten Wochen haben sich in und vor Trelleborg dramatische und tragische Zwischenfälle ereignet, bei denen Ausflugs Gäste des sowjetzonalen Fährschiffes „Saßnitz“ teils erfolgreich und teils vergeblich versucht haben, im wahren Sinne des Wortes den rettenden Strand der Freiheit in Schweden zu erreichen. Erst dieser Tage haben ja zwei junge Männer aus Ulbrichts KZ-Staat vom Oberdeck der „Saßnitz“ aus acht Meter Höhe den Absprung ins Trelleborger Hafengelände gewagt, da den Ausflüglern ja ein normales AnLand-Gehen durch Pankow verboten war und sie, auf dem Oberdeck wie Vieh zusammengepfercht, von Vopos und vermutlich auch politischer Geheimpolizei scharf bewacht wurden. Das Land der Schweden dürfen die Menschen aus der Zone nur sehen, nicht betreten. Die beiden oben genannten Flüchtlinge zogen sich bekanntlich Verletzungen zu.

Die schwedischen Behörden haben nun Maßnahmen getroffen, um — in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz — für solche Notfälle in Zukunft besser gerüstet zu sein. Der Polizeichef von Trelleborg erklärt: — Natürlich wollen wir Flucht von Fahrgastschiffen aus Ostdeutschland nicht erleichtern; denn man darf uns nicht den Vorwurf machen, wir wollten solche Fluchtgelegenheiten provozieren. (Bekanntlich steuert

Schweden eine strikte Neutralitätspolitik, hat aber die „DDR“ nicht anerkannt.) Dagegen möchten wir alles tun, um etwa schwereren Unglücksfällen, Ertrinken usw. bei eventuellen Fluchtversuchen an der schwedischen Küste vorzubeugen. Daher werden bei der Ankunft solcher Fährschiffe von nun an

Jetzt auch sonntags Terrorurteile in der Zone

Berlin (Eigenmeldung). Die Sowjetzonenjustiz hat „Sonderschichten“ eingelegt, um die vielen Verhafteten zu verurteilen, die gegen die Sperrmaßnahmen des Ulbricht-Regimes vom 13. August opponiert haben. So verurteilte das Kreisgericht Eilenburg am vergangenen Sonntag in einem Schauprozess den jungen Arbeiter Klaus Brandt wegen „versuchten Landfriedensbruchs und Staatsverleumdung“ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus. Brandt soll mit weiteren neun Jugendlichen versucht haben, einen Volkspolizisten zu verprügeln. Die neun Jugendlichen erhielten insgesamt neun Jahre Gefängnis.

Krankenpfleger und Schwestern bereitstehen, und auch Ärzte oder Rettungswagen werden im Notfall schnell zur Stelle sein können.

Diese neuen Maßnahmen in Trelleborg angesichts der steigenden Flüchtlingswelle aus der Sowjetzone sind rein humanitärer Natur, wird hier erklärt.

„Jetzt sind wir in der Falle“

Fragen und Gespräche in Ostberlin — „Wo ist das Brandenburger Tor?“

Berlin (Eigenbericht)

Die Menschen im Ostsektor sind nun nach den letzten Ereignissen noch schweigsamer. Die Gesichter erscheinen grau und müde. In der Friedrichstraße erkundigt sich eine Frau: „Wo ist das Brandenburger Tor?“ Die Umstehenden sehen sie erstaunt an: „Hier runter und dann rechts.“ Die Frau geht der angewiesenen Richtung nach, und jeder sieht hinter ihr her.

Zwölf Tage dauert nun schon die Abschnürung des Ostteils vom Westen der Stadt. Sie

Ben Kreuzungen stehen drei, aber nun ist es ja aus. Und der vier, manchmal fünf Verkehrspolizisten, aber der Verkehr ist gleich Null. Auch in den Straßen patrouillieren überall Polizeidoppelposten.

In der Veteranenstraße hat man in den letzten Jahren an der Ecke Brunnenstraße eine große Grünanlage geschaffen, die bis zum Weinbergsweg reicht. Ein Café, Wasserbecken und ein Heine-Denkmal sind die besonderen Attraktionen dieser Ecke. Dem Heine steht nun ein Mann der Betriebskampfguppen gegenüber: Auf Wache im Eingang eines volkseigenen Betriebes der Textilindustrie. Gleich neben dem Maschinenpistolen-Bewaffneten ist ein Schaufenster, das Strohhütte, Badeanzüge und leichte Sommerstoffe zeigt. Wenn man genauer hinsieht, stehen am anderen Eingang des Betriebes gleich noch vier weitere Posten. Sie bewachen die Strohhütte und Badeanzüge mit Maschinenpistolen. Gegenüber in der Gartenanlage sitzt Heine mit ausladender Geste auf seinem Steinsockel, und jener Vers geht einem nicht aus dem Kopf: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht“, wenn man hier zwischen Strohhütten, SED-Miliz und diesem Denkmal vorbeigeht.

1,70 DM Ost

Die Straßenbahn 46 streift kurz hinter dem Stettiner Bahnhof, der dann Nordbahnhof hieß und jetzt abgerissen wird, in wenigen hundert Meter Entfernung die Sektorengrenze. Es gibt niemanden im Straßenbahnwagen, der an dieser Stelle nicht da hinübersähe, solange man etwas von der Sperre sehen kann.

Aber das Bild gleitet schnell vorbei, die Leute im Straßenbahnwagen haben die Köpfe gesenkt und sehen verbissen vor sich hin.

Die Freunde in Lichtenberg haben noch Kaffee „von drüben“. „Die Tante brachte letzten Sonntag noch welchen mit,

Zum Abendbrot geht man mit der Butter sparsam um. „Es ist wie bei Hitler, da wurde auch plötzlich die Butter knapp“, meint die Hausfrau. „Wir hatten heute mittag Blumenkohl“, erzählen sie so, als ob es eine Sensation wäre. „Ich habe auch lange danach angestanden.“

Die Tochter ist in der Chemie beschäftigt. „Bei uns erzählen sie, es werde Lohnkürzungen geben.“ Von einem ehemaligen Grenzgänger wird berichtet, er habe eine neue Stellung in einem Betrieb im Ostsektor bekommen, wo er 1,70 DM (Ost) Stundenlohn erhalte. Das sei die Hälfte von dem, was er in Westmark bisher in Westberlin verdient hatte.

„Die sind fertig“

Das Graue, Kahle, teilweise auch Verwahrloste, das jedem fremden Besucher aufgefallen ist, der in den letzten Jahren in den Ostsektor kam, hat sich in den zehn Tagen dieser unnatürlichen Abschnürung noch um Nuancen vertieft. Dieser Eindruck wird noch stärker, wenn man die Menschen in Bahnen und auf der Straße erlebt, in den Geschäften und Büros sprechen hört oder die Arbeitskollegen untereinander. Der Ton ist rauher geworden.

„Wie soll es bloß bei uns weitergehen?“ fragt mich ein etwa 25jähriger junger Mann. „Wir sehen und spüren es doch alle, daß das Regime aus dem letzten Loch pfeift. Die sind fertig — auf allen Gebieten.“ Aber mit Panzern, so fügte er resignierend hinzu, könne es natürlich noch eine ganze Weile weitergehen.

Am letzten Sonntag waren die Gottesdienste in fast allen Ostberliner Kirchen so stark besucht wie sonst nur bei besonderen Festlichkeiten. Die Kirchen waren meist bis auf den letzten Platz besetzt. Und auch zum anschließenden Abendmahl drängten sich mehr Gemeindeglieder als sonst.

René Tierstätter

76 500 US-Reservisten einberufen

Washington (dpa). Die USA werden zum 1. Oktober 76 500 Reservisten der Land-, See- und Luftstreitkräfte einberufen. Die Einberufung erfolgt auf Grund der Pläne zur Verstärkung des amerikanischen Verteidigungspotentials, die Präsident Kennedy am 25. Juli bekanntgegeben hatte.

lastet auf den Gemütern der Menschen im Ostsektor wie ein Alpdruck. „Wer weiß, was nun noch alles kommt“, meint ein Mann. „Jetzt haben sie uns ja in der Falle. Jetzt können sie ja mit uns machen, was sie wollen.“ Die Stimmung ist schlecht. Und das spürt wohl auch die SED, denn in den letzten Tagen sind die „Sicherheitsmaßnahmen“, wie es in der offiziellen Sprachregelung heißt, wieder verschärft worden. An zahlreichen Straßenecken sieht man wieder Doppelposten der Zonenarmee in feldmarschmäßiger Ausrüstung. Durch die Straßen der Bezirke fahren wieder häufiger Panzerkolonnen. „Ich gucke erst gar nicht raus und mache lieber meine Fenster zu, wenn die kommen“, sagt eine Frau. „Ich kann das alles gar nicht sehen.“

Auch das Polizeiaufgebot wurde verstärkt. An allen gro-

SED-Büros geschlossen

Maßnahmen zum Schutz von Sicherheit und Ordnung

Berlin (Eigenmeldung/dpa). Die zwölf Kreisbüros der SED in Westberlin und das sogenannte SED-Dachbüro sind geschlossen worden. Auf Grund einer Anordnung des Innenministers erließ der Polizeipräsident eine entsprechende Verfügung, die der Westberliner SED-Leitung zugestellt wurde. Gleichzeitig versiegelte die Polizei die SED-Büros. Diejenigen SED-Mitglieder, die sich in den Büros aufhielten, durften ihre persönliche Habe mitnehmen.

Wie Innenminister Lipschitz mitteilte, gibt der Paragraph 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes

der Polizei das Recht, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder dem einzelnen Gefahren abzuwenden, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht werden. Angesichts der sowjetzonalen Sperrmaßnahmen habe sich eine immer stärker werdende Empörung in der Westberliner Bevölkerung gegen die SED bemerkbar gemacht.

Nach Mitteilung des Innenministers werden auch Maßnahmen gegen die kommunistischen Tarnorganisationen in Westberlin erwogen. Dazu gehören unter anderem die kommunistische Einheitsgewerkschaft FDGB und der sogenannte Frauenbund Deutschlands.

Die Westberliner SED-Parteileitung soll beabsichtigen, Anweisungen für eine illegale Arbeit in Westberlin auszugeben. Bei den letzten Wahlen am 7. 12. 1958 erhielt die SED in Westberlin nur noch 1,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ihre Büros in Westberlin unterhielt die SED auf Grund des Viermächtestatus. Ebenso durfte die SPD in Ostberlin Geschäftsstellen haben, die am Mittwoch als Folge der kommunistischen Maßnahmen vom SPD-Vorstand aufgelöst wurden.

Die Korridore

DT. Die drei Luftkorridore nach Berlin sind die wichtigsten Straßen zwischen Berlin und der Bundesrepublik. Sie sind ein Bestandteil der Viermächtevereinbarung aus den Jahren 1944 und 1945. Diese Luftkorridore sind sogar in den Jahren 1948 und 1949 respektiert worden, als die Sowjets mit ihrer Blockade von Berlin die Stadt niederzuringen und ihre Beschützer aus ihr zu vertreiben gesucht haben. Man hat annehmen müssen, daß Moskau die Freiheit der Zufahrtswege durch die Luft gleichgültig werden würde, als sie mit ihrer drakonischen Einmauerung der Menschen in der Sowjetzone die Flüchtlingsströme durch die Luft

nach der Bundesrepublik gedrosselt hatten. Daß sie schnell mit ihrer neuen Idee von den Westmächten eine Kontrolle der Luftwege verlangen, deutet auf weitergehende Pläne. In der Note wird der Besuch der politischen Prominenz der Bundesrepublik in Berlin auf dem Luftwege als „Mißbrauch der alliierten Luftrechte“ bezeichnet. Natürlich ist es das nicht. Selbstverständlich sind die Westmächte in ihren Luftkorridoren nicht daran gebunden, lediglich „den Bedürfnissen ihrer militärischen Garnisonen zu entsprechen“, wie es ihnen jetzt Moskau — wenn auch erst mit einem Nebensatz — unterstellen will.

Zwei Stoßrichtungen hat das neue sowjetische Manöver: Einmal die Verbindung Berlins zur Bundesrepublik in Zweifel zu ziehen und zum anderen die Westmächte an der Freizügigkeit ihrer Berlin-Wege zu hindern. Die Bundesregierung hält diesen Moskauer Notenschlag für ein neues Kapitel im großentfachten Nervenkrieg. Die Westmächte werden, das ist das erste Mal in dieser neuen Phase der Berlin-Krise direkt an ihren Rechten herumgeklopft wird, noch profundere Überlegungen anstellen müssen. London und Washington haben bereits sehr bestimmt und eindeutig darauf reagiert.

Die Antastung der Flugrechte müßte das empfindlichste Kapitel der Berlin-Rechte berühren. Es ist nicht anzunehmen, daß man gerade jetzt den todsichersten risikvollsten Teil der Vereinbarungen in Frage stellen will. Dazu offenbart dieser Testversuch mit verblüffender Offenheit, wie die Garantien für die freien Wege nach Berlin bei einem sowjetischen „Freistadt-Berlin-Projekt“ aussehen würden. Unsere Alliierten werden es leicht haben, gegen die neue Nervenattacke den Anspruch auf das Recht zu setzen. Sie werden aber auch gewappnet werden darauf, daß der Berlin-Stoß der Sowjets noch in vollem Gange ist.

Bundesbehörden bleiben in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). „Die Berliner Bundesbehörden werden ausnahmslos im freien Teil der deutschen Hauptstadt bleiben.“ Mit dieser Feststellung wandte sich Bundesminister Lemmer vor der Berliner Pressekonferenz gegen die in der jüngsten sowjetischen Note erhobenen Vorwürfe gegen seine Anwesenheit und Tätigkeit in Berlin. Lemmer betonte, er sei völlig zu Recht in der Stadt. Er sei der einzige Berliner im Bundeskabinett. Die sowjetische Behauptung, die Anwesenheit von Politikern der Bundesrepublik in Berlin sei illegal, bezeichnete er als ein starkes Stück. „Die Politiker aus Bonn sind zumindest ebenso zu Recht hier wie Ulbricht in Ostberlin“, sagte Lemmer.

Mit Entrüstung wies Lemmer die Verleumdung seiner Tätigkeit als „Diversions- und Agententätigkeit“ zurück. Was seit dem 13. August in Berlin geschehen sei, könne nur dazu beitragen, noch stärker an den gesamtdeutschen Aufgaben festzuhalten. Lemmer versicherte, es werde alles getan, was zur Festigung des freien Teils der deutschen Hauptstadt notwendig sei.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

Zweite Sperrzone errichtet

Vopo mit Nahkampfgewehren am Stacheldraht — Keiner kann passieren

DT. Direkt gegenüber standen sich am Wochenende an den Sektorengrenzübergängen alliierte Soldaten auf Westberliner Gebiet und Volkspolizisten in Kampfausrüstung an der Ostseite der Sektorengrenze. Zu beiden Seiten der Linie wurden Zelte errichtet, in denen feldmarschmäßig ausgerüstete amerikanische, englische und französische Soldaten — und drüben Volkspolizisten auch nachts schlafen. In der Nähe stehen Panzer, Panzerspähwagen, Mannschaftswagen, Feldküchen und Sanitätsautos. Auf der Ostberliner Seite sah man auf mehr als 200 Meter Entfernung von der Sektorengrenze eine Ansammlung von größeren Menschengruppen.

Volkspolizei und Betriebskampfguppen haben in dieser Entfernung eine zweite Sperrzone eingerichtet, vermutlich um den letzten Flüchtlingen das Passieren der Grenze unmöglich zu machen und ihnen den Einblick nach Westberlin zu verwehren. Im amerikanischen, britischen und französischen Sektor konnten die Westberliner die feste Stellung der Alliierten direkt vor den von sowjetzonalseite errichteten Mauern und Stacheldrähten beobachten.

An den meisten Stellen ist es von Westberliner Seite aus möglich, direkt bis zur Grenze zu gehen.

Die blaue Flagge

Über den „Stellungen“ der Ostberliner Seite weht wie in den Vortagen die blaue Flagge der kommunistischen Jugendorganisation FDJ. Daneben werden erheblich verstärkte Posten und Streifen der Volkspolizei und der sowjetzonalen Volksarmee beobachtet. Ostberliner Bahnpolizisten bewachen die Übergänge der Stadt- und Hochbahn, an Ruinengrundstücken und Friedhöfen ist Volkspolizei mit Nahkampfgewehren postiert.

An den jetzt sieben Sektorengängen haben Ostberliner einen Erlaß angebracht, der die Westberliner auffordert, Ostberlin nur mit einem Passierschein zu besuchen. Zu beiden Seiten der Betonmauern spielen sich erschütternde Szenen ab. Mit Taschentüchern winken Westberliner ihren Angehörigen auf der anderen Seite zu, die von der Volkspolizei zurückgehalten werden.

Britische Soldaten und Westberliner Polizei haben zum Schutz der Westberliner große Teile des Tiergartens und der Umgebung des Potsdamer Platzes mit Seilen abgesperrt. Einmal am Tage wechseln die sowjetischen Soldaten am sowjetischen Ehrenmal an der Straße des 17. Juni die Wache. Ihr Bus passiert unbehindert die spanischen Reiter vor dem Brandenburger Tor.

Mit Wasserwerfern

Amerikanische Soldaten, die direkt an der Grenzlinie in der Friedrich-, Ecke Zimmerstraße postiert waren, wurden von Volkspolizisten aufgefordert, sich zurückzuziehen. Als sie diese Aufforderung nicht beachteten, setzte die Volkspolizei Wasserwerfer ein. Die amerikanischen Soldaten ließen sich jedoch nicht beeindrucken und behielten ihre Stellung bei. Daraufhin verzichtete man auf Ostberliner Seite auf neue Schikanen.

Zu einer Sicherheitsübung zogen 150 britische Soldaten des Welch-Regiments am S-Bahnhof Siemensstadt auf. Die Einsatzgruppe, die mit drei Centurion-Panzern, drei gepanzerten Mannschaftswagen und leichten Panzerabwehrwaffen ausgerüstet war, zog einen festen Ring um den Bahnhof, der im Ernstfall jedes Betreten auf dem Gelände unmöglich macht. Trotz der fast einstündigen Übung wurde weder der Straßen- noch der S-Bahn-Verkehr beeinträchtigt.

Westberliner berichteten, daß sie an keinem der Übergänge die Sektorengrenze passieren durften — weder zum Verwandtenbesuch, nicht einmal bei

Todesfällen. Ein Westberliner Polizist am Grenzübergang Oberbaumbrücke, der laut Verordnung für Westberliner freigegeben ist, sagte viele Meter vor der Grenze: „In den Ostsektor nur mit Passierschein — Passierscheine nirgends zu haben!“

An einem der beiden für Westdeutsche verbliebenen Übergang in der Heinrich-Heine-Straße bietet sich ein etwas anderes Bild. Auch hier amerikanische Panzer; aber es gibt Menschen, die „rübergehen“. Wer einen Ausweis der Bundesrepublik besitzt, zeigt ihm einer Gruppe von „Vopos“, die sich dicht an der Grenze aufgestellt haben und hin und wieder Westberliner anweisen, den 100-Meter-Abstand einzuhalten. Sie schicken den Bundesdeutschen dann zu einem Zelt im Hintergrund, wo er sich eine Aufenthaltsgenehmigung besorgen kann, nachdem sein Personalausweis und die Dringlichkeit der angegebenen Gründe eine Viertel- bis eine halbe Stunde geprüft worden sind. Nach welchen Maßstäben man dabei verfährt, ist nicht bekannt; die meisten Anträge aber scheinen genehmigt zu werden.

Wissen nicht, warum ...

Ich sprach mit Jugendlichen, die als Grund für ihren Ostbesuch angegeben hatten, sich die Stalinallee ansehen zu wollen. Doch andere werden zurückgewiesen und wissen nicht, warum. Auf meine Frage, ob ich als Westberliner hier passieren kann, da ich am Übergang Oberbaumbrücke daran gehindert worden sei, zieht sich ein „Vopo“ zu seinen „Genossen“ zurück, um zu beraten. Nach kurzer Zeit bittet er mich, ihnen meine Bitte noch einmal vorzutragen. Dann reden sie alle auf mich ein: Solange der Westberliner Senat keine Räume zur Ausstellung von Passierscheinen zur Verfügung stelle, werde kein Westberliner in den demokratischen Sektor hineingelassen. „Keine ohne Ausnahme?“ „Sie haben doch eben gehört warum ...!“

Sie forderten ihr Recht

Ohne Ausweiskontrolle passierten sie die Vopo-Sperre in der Friedrichstraße

Berlin (Eigenbericht). Friedrichstraße 14.15 Uhr: Nur wenige Schritte voneinander entfernt stehen sich an der Kreuzberger Sektorengrenze US-Soldaten und Volkspolizisten gegenüber. Hinter den Amerikanern ein großer US-Panzer. Das Geschützrohr ist auf einen Panzer-Spähwagen auf Ostberliner Gebiet gerichtet.

An diesem Sektorenübergang — er ist der einzige für ausländische Besucher — herrscht reger Grenzverkehr. Zahlreiche Touristen, zu Fuß und in Personenzug mit ausländischem Kennzeichen — es sind vereinzelt auch Autos aus der Bundesrepublik darunter — können nach kurzer Vopo-Kontrolle passieren.

Auf Ostberliner Seite stehen neben den Vopos einige Zivilisten. Einer von ihnen hat eine Kamera in seinen Feldstecher eingebaut. Er fotografiert in Richtung Westberlin.

14.30 Uhr: Drei amerikanische Armee-Busse nähern sich dem Kontrollpunkt. In den Bussen

Angehörige der US-Kampftruppe, die am Sonntag in Berlin eintraf. Die Soldaten sind auf dem Wege zu einer routinemäßigen Stadtrundfahrt durch Ostberlin, die alle amerikanischen Soldaten unternehmen, nachdem sie in unsere Stadt versetzt worden sind.

Die Busse stoppen vor den Slalomstraßensperren. Die Vopos weigern sich, sie weiterfahren zu lassen. Sie verlangen widerrechtlich die Ausweise der Soldaten. Die Amerikaner lehnen ab, sich von Ulbrichts Polizei kontrollieren zu lassen. Die Busse kehren um.

Hunderte von Westberlinern verfolgen in Höhe der Puttkamerstraße gespannt, wie es nun weitergehen wird. Hinten, etwa in Höhe der Krausenstraße auf Ostberliner Gebiet, hat sich eine größere Menschenansammlung gebildet.

Plötzlich hält ein amerikanischer Wagen mit dem B C, dem Berlin-Command-Zeichen, Oberstleutnant Sabolik — Kommandant der amerikanischen Militärpolizei in Berlin — springt heraus. Begleitet von seinem Dolmetscher geht er an

die Sperre. Die Vopos scharen sich um den Offizier. Oberstleutnant Sabolik kommt zurück.

Ein Wagen, besetzt mit hohen französischen Offizieren, passiert unterdessen, nur flüchtig kontrolliert, die Sperre.

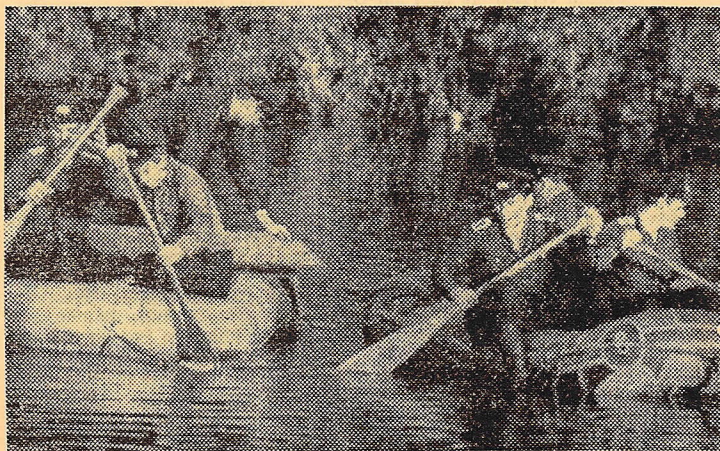
Gegen 15.15 Uhr tauchen die drei amerikanischen Busse wieder auf. Sie wurden durch Funkverbindung zurückgerufen. Wieder erregte Debatten zwischen Oberstleutnant Sabolik und den Vopo-Posten.

Inzwischen sind auch britische Offiziere eingetroffen. Mit Ferngläsern und Lageplänen informieren sie sich über den Zwischenfall.

Die Amerikaner weigern sich noch immer, den Volkspolizisten ihre Ausweise zu zeigen.

Westberliner Polizisten bitten die Passanten, bis zur Puttkamerstraße zurückzugehen. Auch amerikanische Soldaten haben jetzt etwa 20 Meter vor der Grenze entfernt eine Sperrkette gebildet.

16.30 Uhr. Nach zweistündiger Wartezeit fahren die amerikanischen Busse mit den etwa 110 US-Soldaten ohne Ausweiskontrolle nach Ostberlin. —dda



Mit großem Aufwand versuchte die sowjetzonale Polizei einen toten Flüchtling aus dem Teltow-Kanal zu bergen, um der Welt keinen Beweis für ihr Verbrechen zu bieten

„Dieser Arzt ist entbehrlich!“

Empörung über das Verhalten von Dr. Wallner — Studenten nahmen Stellung

DT. Die Studentenvertretung der Medizinischen Fakultät an der Freien Universität hat in einem offenen Brief an den Westberliner Arzt Dr. Ulrich Wallner gegen dessen Sympathieäußerungen für die sowjetzonalen Terrormaßnahmen energisch protestiert.

In einem Leserbrief an die im Ostsektor erscheinende „Berliner Zeitung“ hatte Wallner erklärt: „Ich bewundere die Ruhe und Gelassenheit der bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik, mit der sie diese Aufgabe gelöst hatten. Es handelt sich doch hier

Republik zu ihrer Lebensmöglichkeit in ihrer Heimat, die sie dem ungewissen Los der Flüchtlinge vorgezogen haben ...“

In ihrem Protestschreiben erklärten die Studentenvertreter der Medizinischen Fakultät, daß sie diese Äußerungen „voller Abscheu“ gelesen hätten. In dem Brief der Studenten heißt es: „Ein Arzt hat durch den Eid des Hippokrates seine Anschauung und Ethik ausgedrückt, sein Denken und Handeln in den Dienst der Menschheit zu stellen. Wir sind völlig

fassungslos darüber, daß ein Arzt, der dieser Maxime Menschlichkeit nachleben sollte, eine so krasse und brutale Unterdrückung der Menschenrechte billigt und gutheißt.“

Abschließend erklärten die Medizinstudenten, sie würden es begrüßen, wenn Wallner seine „geistige Heimat für immer aufsuchen“ würde. „Wir dürfen Ihnen versichern, daß die Studentenschaft der Medizinischen Fakultät — und sicher auch die Berliner Ärzteschaft — einen solchen ‚Kollegen‘ entbehren kann.“

Wie ihr Sprecher dazu mitteilte, habe Wallner auf einen Telefonanruf hin erklärt: „... halten Sie die Schnauze!“

Kommandantur verbot „DDR“-Büros

Berlin (Eigenmeldung/dpa). Die Alliierte Kommandantur hat angekündigt, daß die Errichtung oder der Betrieb von „Büros“ in Westberlin zur Ausgabe von Aufenthaltsgenehmigungen für Westberliner in Ostberlin verboten ist. Die Behörden des Senats wurden angewiesen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Der Senat hatte bereits am Mittwoch erklärt, er werde Institutionen der „DDR“ auf Westberliner Gebiet nicht zulassen.

FDGB geschlossen

Berlin (dpa). Auf Anordnung des Innenministers hat die Westberliner Polizei fünf Westberliner Geschäftsstellen des Sowjetzonen-Gewerkschaftsbundes FDGB und fünf Büros der kommunistischen Jugendorganisation FDJ in Westberlin geschlossen und versiegelt. Am Donnerstag waren bereits die Westberliner Geschäftsstellen der SED geschlossen worden.

um eine innere Angelegenheit der Deutschen Demokratischen Republik, der niemand verwehren kann, ihre Grenzen zu schließen, wenn sie es für notwendig erachtet.“

Wallner war dann auf das Flüchtlingsproblem eingegangen, von dem er meinte, es sei das Ergebnis einer gezielten (westlichen) Propaganda und sagte dann: „Ich beglückwünsche vielmehr die Bürger der Deutschen Demokratischen

Schwierigkeiten für Ausländer

DT. Auch die in der Sowjetzone und Ostberlin lebenden Ausländer scheinen den strengen Ausreisebestimmungen Pankows seit Beginn der Abriegelungsaktion am 13. August unterworfen zu sein. Wie von schwedischer Seite in Westberlin am Donnerstag bekannt wird, habe die Ostberliner Behörden einem in Ostsektor wohnenden schwedischen Staatsangehörigen die Erlaubnis zum Besuch Westberlins untersagt. Wie ferner verlautet, haben die Ostbehörden in Ostberlin wohnenden Ausländern auf Anfrage erklärt, nur wenn „schwerwiegende Gründe“ vorliegen, könnten sie mit einer Genehmigung zum Verlassen Ostberlins rechnen.

Die in der Sowjetzone lebenden Ausländer mußten schon seit langem für Besuche außerhalb der Zone Ausreisegenehmigungen beantragen. Eine solche Bestimmung galt für die im Berliner Sowjetsektor wohnenden Ausländer nicht.

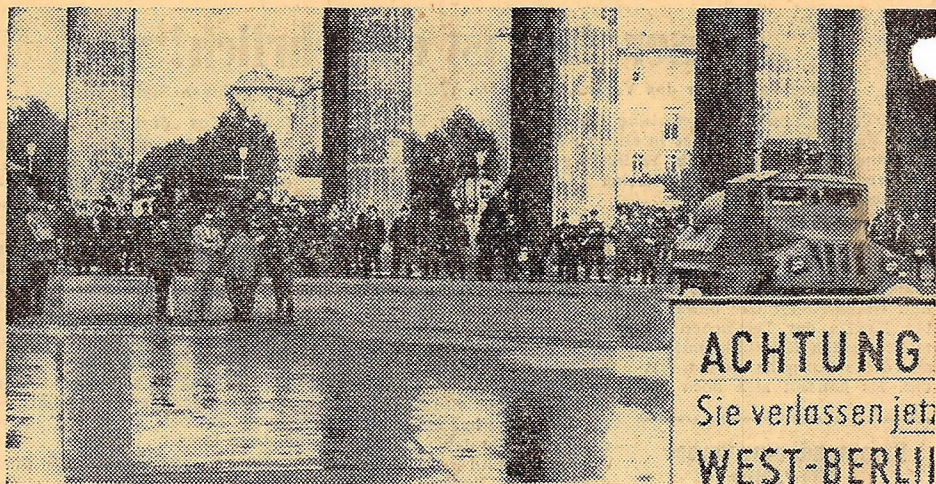
Von der norwegischen Militärmission in Westberlin wurde am Donnerstag mitgeteilt, zur Stunde lägen noch keine Informationen darüber vor, daß Pankower Behörden norwegischen Staatsangehörigen, die in der Sowjetzone leben und ausreisen

möchten, die Genehmigung verweigert haben.

Wie die niederländische Militärmission in Westberlin am Donnerstag auf Anfrage mitteilte, scheinen die im Ostsektor lebenden niederländischen Staatsbürger auch von Ausreisebeschränkungen nach Westberlin betroffen zu sein.

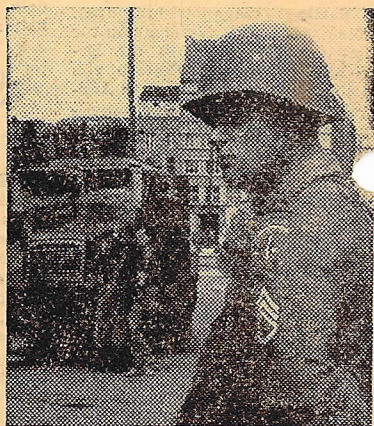
Die schweizerische Delegation in Westberlin sagte, daß von den 3000 in der Sowjetzone und in Ostberlin lebenden Schweizer Bürgern in den letzten Tagen nur noch wenige nach Westberlin gekommen seien. Am Donnerstag habe sich noch kein einziger bei der schweizerischen Vertretung in Westberlin gemeldet.

Auch das italienische Konsulat in Westberlin mußte die Erfahrung machen, daß ausländischen Staatsangehörigen in Ostberlin und der Sowjetzone die Ausreise erschwert worden ist. Ein nach Westberlin gelangter Italiener aus Ostberlin berichtete von einem Fall, in dem einem Italiener das Verlassen des Ostsektors untersagt worden sei. Ein Sprecher des Konsulats bezifferte die Zahl der in Ostberlin und der Sowjetzone lebenden Italiener auf über 1000.



Am Brandenburger Tor:

Wasserwerfer,
„Volksarmisten“,
„Volkspolizisten“
und Ulbrichts
Bürgerkriegsmiliz



Auf Posten an der Sektoren- Grenze

Engländer am Brandenburger Tor,
Amerikaner in der
Friedrichstraße und
Franzosen in
Frohnau

